

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thomas Hacker, Katja Suding, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/16639 –**

Presse- und Medienfreiheit in Europa: Serbien

Vorbemerkung der Fragesteller

Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ (ROG) veröffentlicht jährlich eine Rangliste, in der einzelne Länder nach dem jeweiligen Grad der Pressefreiheit beurteilt werden. Im letzten veröffentlichten Ranking von April 2019 fällt auf, dass Europa eine der Regionen mit der stärksten Verschlechterung der Lage der Pressefreiheit ist. Auch in den Ranglisten der vergangenen Jahre war diese Entwicklung bereits zu erkennen (vgl. www.tagesschau.de/ausland/pressefreiheit-125.html).

Presse- und Medienfreiheit sind Grundpfeiler der freien Willensbildung und somit elementar für eine demokratische Gesellschaft und um ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Die Bedrohung dieser Freiheiten ist vielseitig. So lässt sich zum Beispiel beobachten, dass einerseits in manchen europäischen Ländern versucht wird, Zeitungen unter staatliche Regulierung zu nehmen und dass Gewalt gegenüber Journalisten zunimmt. Andererseits üben externe Akteure negativen Druck auf die Presse- und Medienlandschaft in einzelnen Ländern aus. Nach Ansicht der Fragesteller besteht auch bei den für Frühjahr 2020 geplanten Parlamentswahlen die Gefahr, dass die freie Meinungsbildung durch negativen externen Einfluss aus Russland im Vorfeld bedroht wird.

Im eingangs erwähnten Ranking von ROG belegt Serbien lediglich Platz 90 von 180 und ist damit ein Schlusslicht im europäischen Vergleich. ROG bemängelt dabei unter anderem zunehmende Gewalt gegenüber Medienschaffenden. Besonders prekär ist dabei die Lage für investigative Journalisten in Serbien. Sie werden oft Opfer von Verleumdungen und massiven verbalen Angriffen. Sie werden dabei auch von regierungsnahen Medien und sogar von Vertretern des serbischen Staates angegriffen und öffentlich für ihre Arbeit geschmäht (vgl. www.dw.com/de/journalismus-ist-in-serbien-unerwartet-gegriffen/a-48441555).

Ein weiteres Problem ist nach Ansicht der Fragesteller auch die allgemein starke Medienkonzentration und damit der fehlende Medienpluralismus in der serbischen Medienlandschaft, so decken lediglich vier Verlage ca. zwei Drittel des serbischen Printmarkts ab. Eine ähnliche Situation liegt beim TV-Markt vor, dort verteilen sich ca. 62 Prozent des Gesamtmarkts auf lediglich vier Sendeanstalten (www.reporter-ohne-grenzen.de/mom/projektdaender/serbien/).

Der jüngste Fortschrittsbericht der EU-Kommission zu Serbien bestätigt die Kritik von ROG und fordert, dass die Medienregulierungsbehörden in Serbien ausgebaut werden müssen und eine aktivere Rolle im serbischen Medienmarkt spielen sollen (vgl. <https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-serbia-report.pdf>, S. 66 f.)

1. Beurteilt die Bundesregierung die Situation der Presse- und Medienfreiheit in Serbien (SRB), und wenn ja, wie?
 - a) Beurteilt die Bundesregierung die Arbeitssituation von inländischen und ausländischen investigativen Journalisten in SRB, und wenn ja, wie?
 - b) Beurteilt die Bundesregierung die Abhängigkeit einzelner Medien von staatlicher Finanzierung in SRB, und wenn ja, wie?
 - c) Beurteilt die Bundesregierung die hohe Medienkonzentration in SRB, und wenn ja, wie?
 - d) Beurteilt die Bundesregierung die Regulierung der Medienlandschaft in SRB, und wenn ja, wie?

Die Fragen 1 bis 1d werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung teilt die Einschätzung des Länderberichts der Europäischen Kommission vom 29. Mai 2019 (<https://ec.europa.eu/neighbourhood-enlargement/sites/near/files/20190529-serbia-report.pdf>), wonach für die Presse- und Medienfreiheit in Serbien Herausforderungen fortbestehen.

2. Ist nach Ansicht der Bundesregierung die Platzierung SRBs auf Platz 90 im eingangs erwähnten Ranking von ROG nachvollziehbar?

Nach Ansicht der Bundesregierung verdeutlicht eine solche Bewertung den fortbestehenden Reformbedarf in Serbien.

3. Inwiefern wurden Defizite der Presse- und Medienfreiheit in SRB beim „Mini-Westbalkan-Gipfel“ am 29./30. April 2019 in Berlin thematisiert?

Es wird auf die Pressemitteilung der Bundesregierung zum Westbalkantreffen (www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/suche/schlussfolgerungen-der-deutsch-franzoesischen-ko-vorsitzenden-zum-westbalkantreffen-am-29-4-2019-1604158) verwiesen.

4. Wie schätzt die Bundesregierung die Gefahr russischer und chinesischer Einflussnahme auf demokratische Prozesse in SRB ein?

Die serbische Regierung ist erkennbar darum bemüht, sowohl zu Russland als auch zu China enge und vertrauensvolle Beziehungen zu erhalten bzw. aufzubauen und findet dafür in Parlament und Gesellschaft eine breite Unterstützung. Weitere Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

5. Inwiefern wurde die Gefahr von russischer und chinesischer Einflussnahme auf demokratische Prozesse in SRB beim „Mini-Westbalkan-Gipfel“ am 29./30. April 2019 in Berlin thematisiert?

Das Treffen am 29. April 2019 im Bundeskanzleramt auf Einladung der Bundeskanzlerin und des französischen Staatspräsidenten sollte insbesondere den EU-vermittelten Dialog zwischen Serbien und Kosovo unterstützen. Hierzu waren auch die Staaten der Region eingeladen. Auf die Pressemitteilung der Bundesregierung wird verwiesen: www.bundeskanzlerin.de/bkin-de/suche/schlussfolgerungen-der-deutsch-franzoesischen-ko-vorsitzenden-zum-westbalkanreffen-am-29-4-2019-1604158.

6. Ist nach Ansicht der Bundesregierung im Vorfeld der Parlamentswahlen in SRB im Frühjahr 2020 mit einer weitgehend unabhängigen Berichterstattung zu rechnen, die eine freie Meinungsbildung möglich macht, und wenn nein, warum nicht?

Die Frage unabhängiger und ausgewogener Berichterstattung in den Medien im Vorfeld der Wahlen war und ist Gegenstand von teils bereits abgeschlossenen, teils noch andauernden Dialogprozessen zwischen Vertretern von Regierung und Opposition. Gegenwärtig haben einige Oppositionsparteien unter Verweis auf die ihrer Ansicht nach unausgewogene Berichterstattung einen Boykott der Wahlen angekündigt. Die Bundesregierung hat die seitens der serbischen Regierung zuletzt ergriffenen und angekündigten Maßnahmen im Medienbereich aufmerksam verfolgt und wird die Umsetzung der noch ausstehenden Maßnahmen beobachten. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

7. Beurteilt die Bundesregierung die Gefahr negativer externer Einflussnahme auf die Parlamentswahlen im Frühjahr 2020 in SRB, und wenn ja, wie?

Eine externe Einflussnahme kann nicht ausgeschlossen werden. Im Team zur Strategischen Kommunikation des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) richtet eine Westbalkan-Task Force besonderes Augenmerk auf mögliche hybride Aktivitäten in den Ländern des Westlichen Balkans, darunter auch in Serbien.

8. Bei welchen Gelegenheiten hat sich die Bundesregierung bei Gesprächen mit Vertretern von SRB im vergangenen Jahr über die Lage der Presse- und Medienfreiheit in SRB und die Gefahr russischer Einflussnahme auf demokratische Prozesse in SRB ausgetauscht?

Die Lage der Presse- und Medienfreiheit in Serbien ist regelmäßig Thema bei bilateralen Gesprächen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern der Regierung der Republik Serbien sowie gegenüber der serbischen Botschaft in Deutschland.

9. Wie viele offizielle Besuche und Gespräche zwischen SRB und der Bundesregierung gab es in den Jahren 2018 und 2019?
 - a) Welche Gespräche gab es bei diesen Besuchen zwischen Vertretern der Regierung von SRB und Vertretern der Bundesregierung in SRB (bitte nach Anzahl, Art und Inhalt der Gespräche auflisten)?
 - b) Welche Gespräche gab es bei diesen Besuchen zwischen Vertretern der Regierung von SRB und Vertretern der Bundesregierung in Deutschland (bitte nach Anzahl, Art und Inhalt der Gespräche auflisten)?
 - c) Welche Gespräche gab es bei diesen Besuchen zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft von SRB und Vertretern der Bundesregierung in SRB (bitte nach Anzahl, Art und Inhalt der Gespräche auflisten)?
 - d) Welche Gespräche gab es bei diesen Besuchen zwischen Vertretern der Zivilgesellschaft von SRB und Vertretern der Bundesregierung in Deutschland (bitte nach Anzahl, Art und Inhalt der Gespräche auflisten)?
 - e) Mit welchen Zielen ist die Bundesregierung in die jeweiligen Gespräche gegangen?
 - f) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung aus den jeweiligen Gesprächen gewonnen?

Die Fragen 9 bis 9f werden zusammengefasst beantwortet.

Einzelheiten zu Gesprächen zwischen Regierungsvertretern der Republik Serbien und der Bundesregierung sind der Aufstellung der beigelegten Anlage 1 zu entnehmen. Darüber hinaus kommt es regelmäßig zu hochrangigen Begegnungen am Rande von multilateralen Treffen, etwa im Rahmen der EU und dem sogenannten Berliner Prozess. Die hochrangigen Gespräche betreffen zahlreiche Themenbereiche. Sie dienen vor allem der Förderung der regionalen Stabilität durch die Lösung bilateraler Konflikte und sollen die regionale Zusammenarbeit und Reformanstrengungen im Hinblick auf die weitere EU-Integration unterstützen sowie die bilateralen Beziehungen fördern.

Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung führen ebenfalls regelmäßig Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern der Zivilgesellschaft aus Serbien. Die vertrauliche Behandlung von Namen und Gesprächsinhalten sind grundlegende Voraussetzung für die Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure mit der Bundesregierung.

Die Erkenntnisse aus den im gegenseitigen Verständnis von Vertraulichkeit geführten Gesprächen sind vielfältig.

10. Welche Rolle spielte nach Kenntnis der Bundesregierung die serbische Regierung beim Kauf von Prva TV durch den Geschäftsmann Srdjan Milovanovic (www.sn.at/panorama/medien/serbien-regierungsnaher-geschaeftsmann-kauft-tv-sender-auf-62061310)?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

11. Hat sich die Sicherheit für inländische und ausländische Journalisten in SRB nach Ansicht der Bundesregierung im Vergleich zum Jahr 2018 verbessert?

Nach Ansicht der Bundesregierung ist die Sicherheitssituation für inländische und ausländische Journalistinnen und Journalisten in Serbien unverändert.

12. Wie viele physische Angriffe auf inländische und ausländische Journalisten gab es nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2018 und 2019 in SRB?
 - a) In wie vielen dieser Fälle wurde nach Kenntnis der Bundesregierung Anklage erhoben?
 - b) In wie vielen dieser Fälle kam es nach Kenntnis der Bundesregierung zu Verurteilungen?

Die Fragen 12 bis 12b werden gemeinsam beantwortet.

Nach Angaben des serbischen Journalistenverbands „Nezavisno udruženje novinara Srbije“ (NUNS) und des EU-finanzierten Projekts safejournalist.net gab es 2018 insgesamt sieben und 2019 insgesamt elf physische Angriffe gegen Journalistinnen und Journalisten.

Die serbische Justiz hat 2019 insgesamt 59 Fälle von Straftaten zum Schaden von Journalistinnen und Journalisten registriert. Es gab fünf Verurteilungen, 12 Verfahren wurden eingestellt, fünf Gerichtsverfahren und 33 Ermittlungsverfahren dauern an, in vier Fällen konnte kein Täter ermittelt werden.

Im Jahr 2018 hat die serbische Justiz 57 Fälle registriert. Es gab sieben Verurteilungen, einen Freispruch, zwei Anklagen wurden vom Gericht nicht zugelassen, 23 Verfahren wurden eingestellt, ein Gerichtsverfahren und 17 Ermittlungsverfahren dauern an, in sechs Fällen konnte kein Täter ermittelt werden.

13. Sind der Bundesregierung Cyberangriffe auf Journalisten und Medienhäuser in den Jahren 2018 und 2019 in SRB bekannt?
 - a) Falls ja, um wie viele Cyberangriffe handelt es sich konkret?
 - b) Falls ja, woher stammen die Cyberangriffe?

Die Fragen 13 bis 13b werden gemeinsam beantwortet.

Die Bundesregierung hat keine über die Presseberichterstattung hinausgehenden Erkenntnisse.

14. Welche Projekte zur Stärkung der Presse- und Medienfreiheit in SRB unterstützt die Bundesregierung?

Zur Stärkung der Presse- und Medienfreiheit vor Ort wurden aus Mitteln des Stabilitätspakts für Südosteuropa 2018 und 2019 Projekte gefördert, die von lokalen Nichtregierungsorganisationen aus dem Bereich Journalismus und Medien entwickelt und durchgeführt wurden. Die Bundesregierung fördert seit 2017 mit einem Medienentwicklungsprojekt der Deutschen Welle Akademie den Serbischen Presserat, bei dem die Medienverbände Asocijacija medija und Lokal Pres sowie mehrere Einzelmedien unterstützt werden.

- a) Unterstützt die Bundesregierung Programme, um investigativen Journalisten in SRB zu stärken?

2018 wurde ein entsprechendes Projekt unterstützt. 2019 hat die Bundesregierung ein internationales Netzwerk-Treffen von Investigativ-Journalisten in Belgrad sowie eine internationale Studie zur Situation des investigativen Journalismus (unter anderem in Serbien) unterstützt. Die Bundesregierung fördert seit 2017 das Projekt „Balkan Booster“, durchgeführt von der Deutschen Welle, zur journalistischen Weiterbildung junger Erwachsener aus Ländern des West-

balkans, darunter Serbien. Das Projekt soll den inter-ethnischen Dialog zwischen den Teilnehmenden stärken.

2019 hat die Bundesregierung eine Besucherreise unter anderem für Journalistinnen, Journalisten und Kulturschaffende aus Serbien zur Ruhrtriennale gefördert, wo sie mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren aus dem Kulturbereich zusammentrafen.

- b) Wird die Bundesregierung das Engagement bei diesen Projekten verstärken?

Die Bundesregierung misst dem Presse- und Medienbereich eine hohe Priorität bei und wird Projekte in diesem Bereich weiterhin unterstützen. Die Bundesregierung hat die eingesetzten Mittel für den „Balkan Booster“ im Vergleich zu den Vorjahren in 2020 um 50 Prozent erhöht.

- c) Plant die Bundesregierung neue Projekte in diesem Bereich?

Die Bundesregierung plant, auch 2020 Projekte über lokale Nichtregierungsorganisationen zu fördern.

15. Welche Maßnahmen führt die serbische Regierung durch oder plant diese nach Kenntnis der Bundesregierung, um die Situation der Presse- und Medienfreiheit zu verbessern?

Die serbische Regierung hat seit Juni 2018 in einem inklusiven Prozess unter Beteiligung von Journalistinnen und Journalisten, Nichtregierungsorganisationen und Medienverbänden und Beratern von OSZE und der Europäischen Kommission eine Medienstrategie erarbeitet, um die Lage der Presse- und Medienfreiheit zu verbessern. Diese Strategie wurde am 30. Januar 2020 von der Regierung verabschiedet.

16. Welche Maßnahmen bzw. Kampagnen betreibt die Bundesregierung derzeit im Kontext der strategischen Auslandskommunikation hinsichtlich der Themen „Fake News“, gezielte Desinformationskampagnen und missbräuchlicher Einsatz von Social Bots in SRB?

Die Bundesregierung betreibt derzeit keine Maßnahmen oder Kampagnen im Sinne der Fragestellung.

17. Bewertet die Bundesregierung die Medienkompetenz der Bevölkerung in SRB im Umgang mit Desinformationskampagnen und „Fake News“, und wenn ja, wie?

Nach Einschätzung der Bundesregierung wird Desinformation nicht immer als solche erkannt. Gleichzeitig gibt es ein verbreitetes Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber serbischen Medien, insbesondere den Printmedien.

18. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob, und welche Initiativen in SRB geplant sind, um die Resilienz gegen Desinformationskampagnen und „Fake News“ zu stärken und dadurch die Medienkompetenz zu verbessern?

Nach Kenntnis der Bundesregierung widmet der letzte Entwurf der Medienstrategie der Stärkung der Medienkompetenz der Bevölkerung einen eigenen Abschnitt. Es existiert auch eine interministerielle Arbeitsgruppe, die über geeignete Maßnahmen im Bildungswesen berät.

Die interministerielle Arbeitsgruppe hat Ende 2019 hierfür ein Lehrerhandbuch veröffentlicht. Sie hat auch eine neue so genannte Anti-Fake-News-Initiative angekündigt.

19. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die wöchentliche Zahl der Nutzerkontakte von russischen Auslandssendern, und wie bewertet die Bundesregierung deren medialen Auftritt und die Medienreichweite in SRB?

Die serbischsprachige Facebookseite des russischen Auslandssenders Sputnik hat aktuell ca. 127.500 Abonnenten und auf Twitter 19.600 Follower, außerdem 69.300 Abonnenten auf dem serbischsprachigen YouTube-Kanal. Das Online Medium „Russia beyond Srbija“ (serbischsprachig) hat auf Facebook 192.000 Abonnenten. Daneben gibt es noch das Portal „wostok vesti“, deren Facebookseite 81.000 Abonnenten zählt. Im Vergleich mit der reichweitenstärksten Präsenz eines serbischsprachigen Nachrichtenmediums („Blic“: 944.000 Facebook-Abonnenten, „Alo“: 430.000) in den sozialen Medien handelt es sich um relativ reichweitenstarke Kanäle.

20. Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die wöchentliche Zahl der Nutzerkontakte von chinesischen Auslandssendern, und wie bewertet die Bundesregierung deren medialen Auftritt und die Medienreichweite in SRB?

Die serbischsprachige Facebookseite von Chinese Radio International hat aktuell ca. 378.700 Abonnenten. Weitere Erkenntnisse liegen der Bundesregierung nicht vor.

21. Gibt es nach Kenntnis der Bundesregierung zu Frage 19 bereits Anzeichen, wie zum Beispiel steigende Aktivität, von russischen Social Media Accounts in SRB?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

22. Welche Entwicklungen zeichnen sich nach Ansicht der Bundesregierung hinsichtlich der strategischen Kommunikation ausländischer Akteure in den letzten fünf Jahren in SRB ab?

Nach Einschätzung der Bundesregierung haben ausländische Akteure ihre Aktivitäten im Bereich der strategischen Kommunikation kontinuierlich ausgebaut.

23. Wie bewertet die Bundesregierung den Stellenwert der Deutschen Welle hinsichtlich der Reichweite in SRB im Vergleich zu anderen Auslandsendern?

Die Deutsche Welle (DW) ist auf dem Westlichen Balkan mit mehreren Redaktionen vertreten. Sie stellt auf Albanisch, Bosnisch, Kroatisch, Mazedonisch und Serbisch Angebote bereit und ist auch in dortigen öffentlichen Rundfunksendern vertreten. Ihre Angebote konzentrieren sich auf digitale und TV-Angebote. Die Angebote in sozialen Medien umfassen Auftritte auf Facebook, Twitter und YouTube.

Das Online-Angebot der DW hat eine gute Reichweite in die serbische Gesellschaft (Facebook: 86.200, Twitter: 11.900, YouTube: 8.000) und wird auch als Nachrichtenquelle häufig von serbischen Print- und TV-Medien zitiert. DW ist außerdem Kooperationspartner des reichweitenstärksten öffentlich-rechtlichen Fernsehsenders „Radio-Televizija Srbije“ (RTS) (regelmäßige Schalte einmal pro Woche mit DW-Journalist in Deutschland; erreicht bis zu 1,6 Millionen Zuschauer) und des privaten Nachrichtenkanals N1 mit eigens für N1 produzierten bzw. adaptierten DW-Formaten (erreichen bis zu 122.000 Zuschauer). Daneben existieren Online-Kooperationen mit reichweitenstarken Portalen wie Blic.rs, B92.net und Danas.rs.

Anlage 1 zu Frage 9

Die nachstehende Übersicht erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Rahmen ihrer Aufgabenwahrnehmung pflegen Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung den Informationsaustausch mit einer Vielzahl von inländischen und ausländischen Gesprächspartnern. Unter diesen ständigen Austausch fallen Gespräche etwa im Rahmen von Besuchen, Reisen oder Arbeitsessen, aber auch Telefonate. Es besteht weder eine rechtliche Verpflichtung noch ist es im Sinne einer effizienten und ressourcenschonenden öffentlichen Verwaltung leistbar, entsprechende Informationen und Daten (z.B. die Erfassung sämtlicher Veranstaltungen, Sitzungen oder Termine nebst Teilnehmerinnen und Teilnehmern) vollständig zu erfassen oder entsprechende Dokumentationen darüber nachträglich zu erstellen oder zu pflegen.

Datum	Gesprächspartner auf deutscher Seite	Gesprächspartner auf serbischer Seite	Ort des Gesprächs (Land)
21.01.2018	Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft Christian Schmidt	Vizeministerin Daria Janjić Nišavić, Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Wassermanagement	Deutschland
14.02.2018	Bundesminister des Auswärtigen Sigmar Gabriel	Staatspräsident Aleksandar Vucic und Ministerpräsidentin Ana Brnabic	Serbien
27.02.2018	Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Staatsminister Niels Annen	Staatspräsident Aleksandar Vucic	Deutschland
13.04.2018	Bundeskanzlerin Angela Merkel	Staatspräsident Aleksandar Vucic	Deutschland.
23.-24.07.2018	Parlamentarischer Staatssekretär BMI Stephan Mayer	Innenminister Nebojsa Stefanovic	Serbien
15.09.2018	Staatsminister für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth	Ministerpräsidentin Ana Brnabic	Serbien

Anlage 1 zu Frage 9

20.01.2019	Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft Julia Klöckner	Herr Senad Mahmutović, Staatssekretär, Ministerium für Landwirtschaft, Forsten und Wassermanagement	Deutschland
01.02.2019	Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas	Außenminister Ivica Dačić	Rumänien
11.02.2019	Bundesminister für Gesundheit Jens Spahn	Gesundheitsminister Dr. Zlatibor Lončar	Deutschland
12.04.2019	Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas	Außenminister Ivica Dačić	Polen
29.-30.05.2019	Parlamentarischer Staatssekretär BMVg Thomas Silberhorn	Verteidigungsminister Aleksandar Vulin Staatssekretär im Verteidigungsministerium Aleksandar Živković Amtierender Stv. Minister für Material und Ressourcen im Verteidigungsministerium Dr. Nenad Miloradović	Serbien
18.09.2019	Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie Staatssekretärin Antje Leendertse	Ministerpräsidentin Ana Brnabic	Deutschland
22.10.2019	Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier	Staatspräsident Aleksandar Vucic und erster Stellv. Premierminister u. Außenminister Ivica Dacic	Serbien
12.12.2019	Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat Horst Seehofer	Innenminister Nebojsa Stefanovic	Deutschland

